

No. 28478

**AUSTRIA
and
UNITED STATES OF AMERICA**

**Agreement on social security. Signed at Vienna on 13 July
1990**

Authentic texts: German and English.

Registered by Austria on 21 November 1991.

**AUTRICHE
et
ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE**

**Convention de sécurité sociale. Signée à Vienne le 13 juillet
1990**

Textes authentiques : allemand et anglais.

Enregistrée par l'Autriche le 21 novembre 1991.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND
DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA IM BEREICH
DER SOZIALEN SICHERHEIT

Die Regierung der Republik Österreich
und
die Regierung der Vereinigten Staaten von
Amerika,

in dem Wunsche, die gegenseitigen Beziehungen
zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der
Sozialen Sicherheit zu regeln,

haben folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

- a) „Österreich“
die Republik Österreich,
„Vereinigte Staaten“
die Vereinigten Staaten von Amerika;
- b) „Gebiet“
in bezug auf Österreich
dessen Bundesgebiet,
in bezug auf die Vereinigten Staaten
die Bundesstaaten, den Distrikt Columbia,
den Freistaat Puerto Rico, die Jungfernseln,
Guam und Amerikanisch-Samoa;
- c) „Staatsangehöriger“
in bezug auf Österreich
einen österreichischen Staatsbürger,
in bezug auf die Vereinigten Staaten
einen Staatsangehörigen der Vereinigten
Staaten im Sinne des Artikels 101 des
Gesetzes über Einwanderung und Staatsangehörigkeit
von 1952 in der jeweils geltenden Fassung;
- d) „Rechtsvorschriften“
in bezug auf Österreich
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen,
die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1
Buchstabe a bezeichneten Zweige der Sozialen
Sicherheit beziehen,
in bezug auf die Vereinigten Staaten
die im Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b
bezeichneten Gesetze und Verordnungen;

- e) „zuständige Behörde“
in bezug auf Österreich
den Bundesminister, der mit der Anwendung
der im Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a
bezeichneten Rechtsvorschriften betraut ist,
in bezug auf die Vereinigten Staaten
den Minister für Gesundheit und Sozialdienste;
- f) „Träger“
in bezug auf Österreich
den Träger, dem die Durchführung der
österreichischen Rechtsvorschriften obliegt,
in bezug auf die Vereinigten Staaten
die Verwaltung der Sozialen Sicherheit;
- g) „zuständiger Träger“
den Träger, der im Einzelfall die Rechtsvorschriften
anzuwenden hat;
- h) „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten oder Zeiten, während derer
Einkünfte aus unselbständiger oder selbständiger
Erwerbstätigkeit erzielt wurden, die nach den
Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt
wurden, als Versicherungszeiten bestimmt oder
anerkannt sind, sowie Zeiten, soweit sie nach
diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten
gleichwertig anerkannt sind;
- i) „Leistung“
jede nach den Rechtsvorschriften eines der
Vertragsstaaten vorgesehene Geldleistung
einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen
Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge,
Zulagen sowie Kapitalabfindungen;
- j) „Flüchtling“
einen Flüchtling im Sinne des Artikels 1 der
Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung
der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Jänner
1967 hierzu;
- k) „Staatenloser“
einen Staatenlosen im Sinne des Artikels 1 der
Konvention vom 28. September 1954 über die
Rechtsstellung der Staatenlosen.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke
die Bedeutung, die ihnen nach den anzuwendenden
Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
- a) in bezug auf Österreich
 - i) auf die Rechtsvorschriften über die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat, und ausschließlich hinsichtlich des Abschnittes II
 - ii) auf die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung und die Unfallversicherung;
 - b) in bezug auf die Vereinigten Staaten auf die Bundesgesetzgebung über die Alters-, Hinterbliebenen- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung:
 - i) Titel II des Gesetzes über die Soziale Sicherheit sowie die Verordnungen hiezu, mit Ausnahme der Artikel 226, 226 A und 228 dieses Titels und der Verordnungen zu diesen Artikeln,
 - ii) Kapitel 2 und Kapitel 21 des Steuergesetzes von 1986 und die Verordnungen hiezu.

(2) Dieses Abkommen findet auch auf Rechtsvorschriften Anwendung, die die im Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften ändern oder ergänzen.

(3) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, umfassen die Rechtsvorschriften im Sinne des Absatzes 1 nicht Verträge oder andere internationale Abkommen eines Vertragsstaates mit dritten Staaten, soweit diese nicht Versicherungsabregelungen enthalten.

Artikel 3

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den im Buchstaben a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, für die die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates gelten oder galten und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten, sowie andere Personen, die ihre Rechte von diesen Personen ableiten, den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates hinsichtlich des Anspruches auf und der Zahlung von Leistungen gleich.

(2) Hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten und diesen gleichgestellten Zeiten stehen die Staatsangehörigen der Vereinigten

Staaten, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen, den österreichischen Staatsangehörigen gleich.

(3) Die in internationalen Verträgen enthaltenen Versicherungsabregelungen bleiben unberührt.

Artikel 5

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, nach denen der Anspruch auf oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt im Gebiet dieses Vertragsstaates abhängt, nicht für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten, Flüchtlinge und Staatenlose oder andere Personen, die ihre Rechte von diesen Personen ableiten, wenn sie sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

(2) Hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften gilt Absatz 1 nicht in bezug auf

- a) die Ausgleichszulage;
- b) jene Teile der österreichischen Pension, die beruhen
 - i) auf Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland oder
 - ii) auf im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit.

ABSCHNITT II

BESTIMMUNGEN ÜBER DEN VERSICHERUNGSSCHUTZ

Artikel 6

Soweit die Artikel 7 bis 9 nichts anderes bestimmen, gelten für eine Person, die im Gebiet eines Vertragsstaates unselbständig oder selbständig erwerbstätig ist, hinsichtlich dieser Erwerbstätigkeit ausschließlich die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates. Dies gilt auch dann, wenn sich der Wohnort der betreffenden Person oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 7

(1) Wird ein Dienstnehmer eines Dienstgebers mit dem Sitz im Gebiet des einen Vertragsstaates von diesem Dienstgeber vorübergehend in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertrags-

staates, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt, sofern die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates voraussichtlich fünf Jahre nicht übersteigt.

(2) Würde eine Person, die sich in einem Vertragsstaat gewöhnlich aufhält, auf Grund ihrer selbständigen Erwerbstätigkeit der Pflichtversicherung nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten unterliegen, so gelten für diese Person ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem sie sich gewöhnlich aufhält.

- (3) a) Würde eine Person, die als Mitglied der Besatzung eines Flugzeuges beschäftigt wird, den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten unterliegen, so gelten für diese Person ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet der Dienstgeber seinen Sitz hat.
- b) Wird ein österreichischer Staatsangehöriger von einem österreichischen Luftfahrtunternehmen in die Vereinigten Staaten entsendet, so ist Absatz 1 ohne die Einschränkung auf fünf Jahre anzuwenden.

(4) Würde eine Person, die als Mitglied der Besatzung eines Seeschiffes beschäftigt wird, das die Flagge eines der Vertragsstaaten führt, den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten unterliegen, so gelten für diese Person ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Seeschiff führt. Hierbei gilt ein amerikanisches Seeschiff nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten als ein Seeschiff, das die Flagge der Vereinigten Staaten führt.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Bestimmungen des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 *) oder des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 **).

(2) Ungeachtet des Artikels 6 gelten für Staatsangehörige eines Vertragsstaates, die von der Regierung dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt werden, jedoch auf Grund der im Absatz 1 bezeichneten Übereinkommen nicht von den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates befreit sind, ausschließlich die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(3) Absatz 2 gilt für den österreichischen Handelsdelegierten und seine Mitarbeiter sowie für Dienstnehmer der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung in den Vereinigten Staaten entsprechend.

(4) Absatz 2 gilt für Bedienstete der Bundesregierung der Vereinigten Staaten oder deren Einrichtungen.

(5) Personen, die von der Amerikanischen Internationalen Schule in Österreich beschäftigt werden, sind von den österreichischen Rechtsvorschriften befreit, wenn sie Staatsangehörige der Vereinigten Staaten sind oder wenn sie Staatsangehörige eines anderen Staates als der beiden Vertragsstaaten sind und sich nicht gewöhnlich in Österreich aufhalten.

Artikel 9

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und des Dienstgebers oder auf Antrag eines selbständig Erwerbstatigen können die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 unter Berücksichtigung der Art und der Umstände der Erwerbstatigkeit vorsehen.

(2) Gelten für eine Person nach Absatz 1 die österreichischen Rechtsvorschriften, so sind diese Rechtsvorschriften so anzuwenden, als wäre sie im Gebiet Österreichs beschäftigt.

ABSCHNITT III

BESTIMMUNGEN ÜBER LEISTUNGEN

Artikel 10

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, für den Erwerb eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Können die Zeiträume, in denen bestimmte Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten erworben wurden, nicht genau ermittelt werden, so ist anzunehmen, daß diese Zeiten sich nicht mit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates erworbenen Versicherungszeiten decken.

Teil I

Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften

Artikel 11

(1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen

benen Leistungen, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der Träger hat nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 10 Anspruch auf die Leistung hat.
- b) Besteht ein Anspruch auf eine Leistung, so hat der Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten erworbenen Versicherungszeiten ausschließlich nach den österreichischen Rechtsvorschriften erworben worden wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag.
- c) Sodann hat der Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach Buchstaben b errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.

(2) Erreichen die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate, so ist nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung zu gewähren. Dies gilt nicht, wenn der Anspruch auf diese Leistung nach den österreichischen Rechtsvorschriften ausschließlich auf Grund der nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten erworben wurde.

Artikel 12

Der zuständige österreichische Träger hat die Artikel 10 und 11 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Für die Feststellung des leistungszuständigen Trägers sind ausschließlich österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen.
2. Die Artikel 10 und 11 gelten nicht für die Anspruchsvoraussetzungen und für die Leistung des Bergmannstreueregeldes aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung.
3. Bei der Durchführung des Artikels 10 und des Artikels 11 Absatz 1 gilt ein Versicherungsvierteljahr nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten als drei Versicherungsmonate nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

4. Bei der Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 gilt folgendes:

- a) Als neutrale Zeiten gelten Zeiten, während derer der Versicherte einen Anspruch auf eine Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsleistung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten hatte.
- b) Die Bemessungsgrundlage ist nur aus den österreichischen Versicherungszeiten zu bilden.
- c) Beiträge zur Höherversicherung, der knappschaftliche Leistungszuschlag, der Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage haben außer Ansatz zu bleiben.

5. Bei der Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 Buchstaben b und c sind sich deckende Versicherungszeiten so zu berücksichtigen, als würden sie sich nicht zeitlich decken.

6. Übersteigt bei der Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilpension nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.

7. Für die Bemessung des Hilflosenzuschusses gilt Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben b und c; Artikel 14 ist entsprechend anzuwenden.

8. Der nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung, den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage.

9. Hängt die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so sind von den Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten nur jene zu berücksichtigen, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.

10. Sonderzahlungen gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilleistung; Artikel 14 ist entsprechend anzuwenden.

Artikel 13

(1) Hat eine Person nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Berücksichtigung des Artikels 10 Anspruch auf Leistung, so hat der zuständige österreichische Träger die allein auf Grund der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten gebührende Leistung zu gewähren, solange ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten nicht besteht.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Leistung ist nach Artikel 11 neu festzustellen, wenn ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

(3) Hat der Träger im Fall des Absatzes 2 eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag als Vorschuß.

Artikel 14

Hat eine Person nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Berücksichtigung des Artikels 10 Anspruch auf Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c errechneten österreichischen Leistung und der entsprechenden Leistung der Vereinigten Staaten, so hat der zuständige österreichische Träger seine so berechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen dieser Summe und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

Teil 2

Leistungen nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten

Artikel 15

(1) Hat eine Person die für einen Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten erforderlichen Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten erworben, so hat der Träger der Vereinigten Staaten den Betrag der Leistung nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, wobei ausschließlich die nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind.

(2) Besteht auf Grund des Artikels 10 ein Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten, so hat der Träger der Vereinigten Staaten nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten einen anteilsmäßigen Leistungsgrundbetrag unter Zugrundelegung

- a) der ausschließlich nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten gutgeschriebenen Durchschnittseinkünfte der betreffenden Person und
- b) des Verhältnisses, das zwischen der Dauer der nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten der betreffenden Person und der Dauer eines durchgehenden Versicherungslebens nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten besteht,

zu berechnen. Den nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten zu gewährenden Leistungen ist der anteilmäßige Leistungsgrundbetrag zugrunde zu legen.

(3) Bei Feststellung von Leistungsansprüchen nach Artikel 10 hat der Träger der Vereinigten Staaten jeweils drei Versicherungsmonate, die nach Mitteilung des zuständigen österreichischen Trägers zu berücksichtigen sind, als ein Versicherungsvierteljahr zu berücksichtigen, soweit sich diese Monate nicht mit Kalendervierteljahren decken, die bereits als Versicherungsvierteljahre nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten zu berücksichtigen sind. Für ein Jahr können höchstens vier Versicherungsvierteljahre berücksichtigt werden.

(4) Der Anspruch auf eine nach Artikel 10 festgestellte Leistung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten endet mit dem Erwerb der erforderlichen Anzahl von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten, die einen Anspruch auf eine gleich hohe oder höhere Leistung ohne Anwendung dieses Artikels geben.

(5) Dieses Abkommen begründet keinen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten, wenn die Person, auf Grund deren Versicherungslaufbahn die Leistung beantragt wird, nicht sechs Versicherungsvierteljahre nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegt hat.

ABSCHNITT IV

VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 16

(1) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten haben die zur Durchführung dieses

Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten haben einander unverzüglich über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen und über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften zu unterrichten.

Artikel 17

Für die Anwendung dieses Abkommens sind Verbindungsstellen

- a) in Österreich
der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;
- b) in den Vereinigten Staaten
die Verwaltung der Sozialen Sicherheit.

Artikel 18

(1) Für die Anwendung dieses Abkommens haben die zuständigen Behörden, Verbindungsstellen und Träger der Vertragsstaaten innerhalb ihres Aufgabenbereiches einander zu unterstützen. Diese Amtshilfe ist kostenlos, soweit nicht Ausnahmen in einer Verwaltungsvereinbarung vereinbart werden.

(2) Hat ein Träger eines Vertragsstaates in Anwendung dieses Abkommens eine ärztliche Untersuchung einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaates durchzuführen, so ist diese Untersuchung auf Ersuchen des zuständigen Trägers des ersten Vertragsstaates auf seine Kosten vom Träger des anderen Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Bestimmungen zu veranlassen oder durchzuführen.

(3) Die Vorschriften eines Vertragsstaates über die Verschwiegenheitspflicht sind auf Auskünfte über eine Person, die auf Grund des Abkommens übermittelt werden, anzuwenden.

Artikel 19

(1) Die zuständigen Behörden, Verbindungsstellen und Träger der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit den beteiligten Personen unabhängig von deren Aufenthaltsort unmittelbar in Verbindung treten. Der Schriftverkehr kann in der jeweils eigenen Amtssprache erfolgen.

(2) Die zuständigen Behörden, Verbindungsstellen und Träger eines Vertragsstaates dürfen Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

Artikel 20

(1) Jede in den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gänzlich oder teilweise vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben, für Schriftstücke, die der zuständigen Behörde oder einem Träger dieses Vertragsstaates vorzulegen sind, erstreckt sich auf die entsprechenden Schriftstücke, die der zuständigen Behörde oder einem Träger des anderen Vertragsstaates nach dessen Rechtsvorschriften vorzulegen sind.

(2) Kopien von Schriftstücken, die vom Träger eines Vertragsstaates als mit dem Original übereinstimmend bescheinigt werden, sind vom Träger des anderen Vertragsstaates ohne weitere Beglaubigung anzuerkennen. Der Träger jedes Vertragsstaates entscheidet jedoch über die Beweiskraft aller ihm vorgelegten Nachweise.

Artikel 21

(1) Anträge, Erklärungen oder schriftliche Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer Frist bei einem Träger dieses Vertragsstaates einzureichen sind, jedoch innerhalb der gleichen Frist bei einem Träger des anderen Vertragsstaates eingereicht werden, gelten als rechtzeitig eingereicht.

- (2) a) Ein nach den österreichischen Rechtsvorschriften gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten, für die der Antragsteller die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, wenn er bei der Antragstellung angibt, daß die Person, auf Grund deren Versicherungslaufbahn die Leistung beantragt wird, Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten zurückgelegt hat; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten erworbenen Altersleistung aufgeschoben wird.
- b) Hat ein Antragsteller einen Antrag auf eine Leistung bei einem Träger der Vereinigten Staaten gestellt und den Antrag nicht ausdrücklich auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten eingeschränkt, so gilt dieser Antrag auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den österreichischen Rechtsvorschriften, wenn der Antragsteller bei der Antragstellung angibt, daß die Person, auf Grund deren

Versicherungslaufbahn die Leistung beantragt wird, Versicherungszeiten nach den österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegt hat.

Artikel 22

(1) Jede Streitigkeit, die sich aus der Anwendung dieses Abkommens ergibt, ist soweit wie möglich einvernehmlich zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zu regeln.

(2) Kann die Streitigkeit nicht innerhalb von sechs Monaten entschieden werden, so kann sie auf Verlangen eines jeden Vertragsstaates zur verbindlichen Entscheidung einer Schiedskommission unterbreitet werden, deren Zusammensetzung und Verfahren zwischen den beiden Vertragsstaaten vereinbart wird.

ABSCHNITT V

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 23

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten oder auf eine einmalige Geldleistung bei Tod, wenn die betreffende Person vor seinem Inkrafttreten gestorben ist.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen sind auch Versicherungszeiten zu berücksichtigen, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind; kein Vertragsstaat hat jedoch Versicherungszeiten zu berücksichtigen, die vor dem Zeitpunkt liegen, ab dem Versicherungszeiten nach seinen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.

(3) a) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind.

b) In den Fällen des Buchstaben a sind Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten nach den Bestimmungen dieses Abkommens festzustellen. Wird der Antrag auf Feststellung einer solchen Leistung innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu

gewahren, sonst von dem Tag an, der nach den österreichischen Rechtsvorschriften bestimmt wird.

(4) Dieses Abkommen ist nur auf Leistungsanträge anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt werden.

(5) Vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens getroffene Entscheidungen berühren nicht die durch dieses Abkommen begründeten Ansprüche.

(6) Dieses Abkommen hat keine Verminderung von Leistungen zur Folge, auf die bereits vor seinem Inkrafttreten Anspruch bestanden hat.

Artikel 24

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 25

Entsteht für eine Person ein Leistungsanspruch nach den österreichischen Rechtsvorschriften ohne Anwendung des Artikels 10 innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens, so ist Abschnitt III Teil I nicht anzuwenden.

Artikel 26

Dieses Abkommen kann in Zukunft durch Zusatzabkommen geändert werden, die ab ihrem Inkrafttreten als Bestandteil dieses Abkommens gelten. Diese Zusatzabkommen können, wenn sie dies vorsehen, rückwirkend in Kraft treten.

Artikel 27

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die beiden Regierungen einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

(2) Dieses Abkommen bleibt bis zum Ablauf des Kalenderjahres in Kraft, das dem Kalenderjahr folgt, in dem ein Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat seine Kündigung schriftlich mitteilt.

(3) Tritt dieses Abkommen außer Kraft, so bleiben die nach diesem Abkommen erworbenen Rechte hinsichtlich des Anspruches auf und der Zahlung von Leistungen erhalten; die Vertragsstaaten haben die Anwartschaften in einer Vereinbarung zu regeln.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 13. Juli 1990 in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

ERIK NETTEL

Für die Regierung
der Vereinigten Staaten von Amerika:

MICHAEL J. HABIB

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE UNITED STATES OF AMERICA ON SOCIAL SECURITY

The Government of the Republic of Austria
and
the Government of the United States of America,

being desirous of regulating the relationship
between their two countries in the area of social
security,

have agreed as follows:

PART I GENERAL PROVISIONS

Article 1

- (1) For the purposes of this Agreement,
- (a) "Austria" means the Republic of Austria, and "United States" means the United States of America;
 - (b) "territory" means, as regards Austria, its federal territory, and, as regards the United States, the States, the District of Columbia, the Commonwealth of Puerto Rico, the Virgin Islands, Guam and American Samoa;
 - (c) "national" means, as regards Austria, a citizen of Austria, and, as regards the United States, a national of the United States as defined in Section 101, Immigration and Nationality Act of 1952, as amended;
 - (d) "laws" means, as regards Austria, the laws, regulations and statutory instruments which relate to the branches of social security specified in subparagraph (1) (a) of Article 2, and, as regards the United States, the laws and regulations specified in subparagraph (1) (b) of Article 2;
 - (e) "competent authority" means, as regards Austria, the Federal Minister responsible for the application of the laws specified in subparagraph (1) (a) of Article 2, and, as regards the United States, the Secretary of Health and Human Services;
 - (f) "agency" means, as regards Austria, the institution responsible for the application of the Austrian laws, and, as regards the United States, the Social Security Administration;

- (g) "competent agency" means the agency responsible for applying the laws in a specific case;
- (h) "period of coverage" means a period of payment of contributions or a period of earnings from employment or self-employment as defined or recognized as a period of coverage by the laws under which such period has been completed, or any similar period insofar as it is recognized by such laws as equivalent to a period of coverage;
- (i) "benefit" means any cash benefit provided for in the laws of either Contracting State, including all components thereof provided out of public funds, all increments, readjustment sums, additional allowances and lump-sum payments;
- (j) "refugee" means a person defined as a refugee in Article 1 of the Convention relating to the Status of Refugees dated July 28, 1951,² and the Protocol to that Convention dated January 31, 1967;³
- (k) "stateless person" means a person defined as a stateless person in Article 1 of the Convention relating to the Status of Stateless Persons dated September 28, 1954.⁴

(2) Any other expression used in this Agreement shall have the meaning assigned to it in the laws being applied.

Article 2

- (1) This Agreement shall apply:
- (a) as regards Austria,
 - (i) to the laws concerning pensions insurance, with the exception of the special insurance for notaries;
 - and, with regard to Part II only,
 - (ii) to the laws concerning sickness insurance and accident insurance;
 - (b) as regards the United States, to the laws governing the Federal Old-Age, Survivors and Disability Insurance Program:
 - (i) Title II of the Social Security Act and regulations pertaining thereto, except

¹ Came into force on 1 November 1991, i.e., the first day of the third month following the month of receipt of the last of the notifications (of 13 and 14 August 1991) by which the Parties had informed each other of the completion of all statutory and constitutional requirements, in accordance with article 27 (1).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 189, p. 137.

³ *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

⁴ *Ibid.*, vol. 360, p. 117.

sections 226, 226 A and 228 of that title and regulations pertaining to those sections, and

- (ii) Chapter 2 and Chapter 21 of the Internal Revenue Code of 1986 and regulations pertaining to those chapters.

(2) This Agreement shall also apply to any laws which amend or supplement the laws specified in paragraph (1) of this Article.

(3) Unless otherwise provided in this Agreement, laws within the meaning of paragraph (1) of this Article shall not include treaties or other international agreements concluded between one Contracting State and a third state, except insofar as they contain provisions relating to the apportionment of insurance burdens.

Article 3

This Agreement shall apply to:

- (a) persons who are or have been subject to the laws of one or both Contracting States;
- (b) other persons with respect to the rights they derive from the persons mentioned in subparagraph (a).

Article 4

(1) Unless otherwise provided in this Agreement, nationals of the other Contracting State who are or have been subject to the laws of that Contracting State and who reside in the territory of the other Contracting State shall, together with other persons who derive rights from the foregoing, receive equal treatment regarding eligibility for and payment of benefits with the nationals of the other Contracting State.

(2) With regard to provisions of Austrian laws concerning the crediting of periods of war service and periods considered as such, United States nationals shall receive equal treatment with Austrian nationals provided they had Austrian nationality immediately before March 13, 1938.

(3) Provisions relating to the apportionment of insurance burdens that may be contained in international treaties shall not be affected.

Article 5

(1) Unless otherwise provided in this Agreement, any provision of the laws of a Contracting State under which entitlement to or payment of cash benefits is dependent on residence or presence in the territory of that Contracting State shall not be applicable to nationals of a Contracting State, refugees or stateless persons, or other persons who derive rights from the foregoing, who reside in the territory of the other Contracting State.

(2) As regards Austrian laws, paragraph (1) of this Article shall not apply to:

- (a) the compensatory supplement ("Ausgleichszulage") and
- (b) those parts of the Austrian pension which are based on
 - (i) periods of coverage under the provisions of the Austrian Federal Act of November 22, 1961, concerning entitlement to benefits and rights in course of acquisition in the field of pensions insurance for gainful occupation outside Austria or
 - (ii) periods of self-employment completed outside the territory of Austria, but within the territory of the former Austro-Hungarian Monarchy.

PART II

PROVISIONS ON COVERAGE

Article 6

Unless otherwise provided in Articles 7 through 9, persons who are employed or self-employed within the territory of one of the Contracting States shall, with respect to that work, be subject to the laws of only that Contracting State even when the place of residence of the person concerned or the principal place of business of the employer is located in the territory of the other Contracting State.

Article 7

(1) If a person in the service of an employer having a place of business in the territory of one Contracting State is sent by that employer to the territory of the other Contracting State for a temporary period, the person shall be subject to the laws of only the first Contracting State as if the person were employed in its territory, provided that the employment in the territory of the other Contracting State is not expected to exceed five years.

(2) A person who would otherwise be compulsorily covered under the laws of both Contracting States with respect to self-employment and who is a resident of one Contracting State shall be subject to the laws of only the Contracting State of which the person is a resident.

- (3) (a) If a person is employed as an officer or member of a crew on an aircraft and is covered under the laws of both Contracting States, the person shall be subject to the laws of only the Contracting State in whose territory the employer is headquartered.

(b) When an Austrian national is sent to perform services in the United States for an Austrian air transport organization, paragraph (1) of this Article shall be applied without reference to the 5-year time limit.

(4) If a person is employed as an officer or member of a crew on a vessel which flies the flag of one Contracting State and is covered under the laws of both Contracting States, the person shall be subject to the laws of only the Contracting State whose flag the vessel flies. For purposes of the preceding sentence, a vessel which flies the flag of the United States is one defined as an American vessel under the laws of the United States.

Article 8

(1) This Agreement shall not affect the provisions of the Vienna Convention on Diplomatic Relations of April 18, 1961,¹ or of the Vienna Convention on Consular Relations of April 24, 1963.²

(2) Notwithstanding Article 6, nationals of one of the Contracting States who are employed by the Government of that Contracting State in the territory of the other Contracting State, but who are not exempt from the laws of the other Contracting State by virtue of the Conventions mentioned in paragraph (1), shall be subject to the laws of only the first Contracting State.

(3) Paragraph (2) of this Article shall apply as appropriate to the Representative of the Austrian Trade Commission and to the Representative's assistants, and to persons employed by the Austrian National Tourist Office in the United States.

(4) Paragraph (2) of this Article shall apply to employees of the Federal Government of the United States or any of its instrumentalities.

(5) A person employed by the American International School in Austria shall be exempt from Austrian laws if he is a United States national, or a national of a State other than a Contracting State who does not reside in Austria.

Article 9

(1) At the request of an employed person and his employer or a self-employed person, the competent authorities of the two Contracting States may provide, by mutual agreement, for exceptions to Articles 6 through 8 of this Agreement, taking into account the nature and circumstances of the work.

(2) Where, in accordance with paragraph (1) of this Article, a person is subject to Austrian laws, those laws shall apply to him as if he were employed in the territory of Austria.

PART III

PROVISIONS CONCERNING BENEFITS

Article 10

(1) Except as otherwise provided in this Agreement, if a person has completed periods of coverage under the laws of both Contracting States, these periods, insofar as they do not coincide, shall be added together for the purpose of establishing entitlement to a benefit.

(2) When it is not possible to determine the time when specific periods of coverage were completed under the laws of one of the Contracting States, it shall be presumed that such periods do not coincide with periods of coverage completed under the laws of the other Contracting State.

Chapter I

Benefits Under Austrian Laws

Article 11

(1) When a person who has completed periods of coverage under the laws of both Contracting States, or the survivor of such a person, claims a benefit, the competent Austrian agency shall determine the amount of the benefit in the following manner:

(a) The agency shall determine, in accordance with Austrian laws, whether the claimant is entitled to a benefit by adding together the periods of coverage, as provided in Article 10.

(b) If the claimant is entitled to a benefit, the agency shall first calculate the theoretical amount of the benefit which would be payable if all the periods of coverage completed under the laws of both Contracting States had been completed exclusively under Austrian laws; in cases where the amount of the benefit is independent of the duration of the periods of coverage, this amount shall be taken to be the theoretical amount.

(c) The agency shall then calculate the partial benefit to be paid based on the amount calculated under subparagraph (b) in proportion to the ratio between the duration of the

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 500, p. 95.

² *Ibid.*, vol. 596, p. 261.

periods of coverage to be taken into consideration under Austrian laws and the total duration of the periods of coverage to be taken into consideration under the laws of both Contracting States.

(2) Where the periods of coverage to be taken into consideration under Austrian laws for the purpose of calculating the amount of a benefit are in aggregate less than 12 months, no benefit under those laws shall be paid. However, the preceding sentence shall not apply if entitlement to that benefit has been established under Austrian laws exclusively on the basis of periods of coverage completed under those laws.

Article 12

The competent Austrian agency shall apply Articles 10 and 11 according to the following rules:

(1) In determining the agency responsible for paying a benefit, only periods of coverage under Austrian laws shall be taken into consideration.

(2) Articles 10 and 11 shall not apply to eligibility requirements for or payment of the miners' long service allowance ("Bergmannstreuegeld") under miners' pensions insurance.

(3) For the application of Article 10 and paragraph (1) of Article 11, a quarter of coverage under United States laws shall be treated as 3 months of coverage under Austrian laws.

(4) For the application of paragraph (1) of Article 11, the following shall apply:

- (a) periods during which the insured person was entitled to a retirement or disability benefit under United States laws shall be treated as if they were neutral periods ("neutrale Zeiten");
- (b) the basis of assessment ("Bemessungsgrundlage") shall be determined by taking into account periods of coverage only under Austrian laws;
- (c) contributions for supplementary insurance ("Hoherversicherung"), the miners' supplementary benefit ("knappschaftlicher Leistungszuschlag"), the helpless person's allowance ("Hilflosenzuschuß") and the compensatory supplement shall be disregarded.

(5) For the application of subparagraphs (1) (b) and (c) of Article 11, periods of coverage shall be taken into consideration even if they coincide.

(6) If, for the application of subparagraph (1) (c) of Article 11, the total duration of the periods of coverage to be taken into consideration under the laws of both Contracting States exceeds the maximum number of months or coverage specified

under Austrian laws for the calculation of the rate of increments, the partial pension payable shall be calculated in proportion to the ratio between the duration of the periods of coverage to be taken into consideration under Austrian laws and the maximum number of months of coverage referred to above.

(7) For the calculation of the helpless person's allowance, subparagraphs (1) (b) and (c) of Article 11 shall apply; Article 14 shall apply as appropriate.

(8) The amount calculated according to subparagraph (1) (c) of Article 11 shall be increased, where appropriate, by increments for contributions for supplementary insurance, the miners' supplementary benefit, the helpless person's allowance and the compensatory supplement.

(9) If the award of benefits under miners' pensions insurance depends on the completion, in specific undertakings, of essentially mining activities, within the meaning of Austrian laws, then only those periods of coverage under United States laws which are based on a similar occupation in a similar undertaking shall be taken into consideration.

(10) Special payments ("Sonderzahlungen") shall be payable in the amount of the Austrian partial benefit: Article 14 shall apply as appropriate.

Article 13

(1) If a person is entitled to a benefit under Austrian laws without the application of Article 10, the competent Austrian agency shall pay the benefit which would be payable exclusively on the basis of the periods of coverage to be taken into consideration under those laws, provided the person is not entitled to a corresponding benefit under United States laws.

(2) The benefit amount determined in accordance with paragraph (1) of this Article shall be recalculated in accordance with the provisions of Article 11 as soon as the person becomes entitled to a corresponding benefit under United States laws. This recalculation shall have effect from the beginning date of the benefit payment under United States laws. The irrevocability of previous decisions shall not prevent this recalculation.

(3) Where, in applying paragraph (2) of this Article, the agency has overpaid a benefit, the overpayment shall be regarded as an advance payment.

Article 14

If a person is entitled to a benefit under Austrian laws without the application of Article 10, and if such benefit would be greater than the total of the Austrian benefit calculated in accordance with subparagraph (1) (c) of Article 11 and the corresponding United States benefit, the competent Austrian agency shall pay, as the partial benefit, its benefit so calculated increased by the difference between such total and the benefit which would be payable if Austrian laws alone were applied.

Chapter 2

Benefits Under United States Laws

Article 15

(1) Where a person has sufficient periods of coverage under United States laws to satisfy the requirements for entitlement to benefits under United States laws, the United States agency shall determine the amount of the benefit according to the laws which it applies taking into account the periods of coverage completed only under United States laws.

(2) Where entitlement to a benefit under United States laws is established according to the provisions of Article 10, the United States agency shall compute a pro rata primary insurance amount in accordance with United States laws based on

- (a) the person's average earnings credited exclusively under United States laws and
- (b) the ratio of the duration of the person's periods of coverage credited under United States laws to the duration of a coverage lifetime as determined in accordance with United States laws.

Benefits payable under United States laws shall be based on the pro rata primary insurance amount.

(3) In determining eligibility for benefits under Article 10, the United States agency shall credit one quarter of coverage for every 3 months of coverage certified as creditable by the Austrian competent agency to the extent that the months do not coincide with calendar quarters already credited as quarters of coverage under United States laws. The total number of quarters of coverage to be credited for a year shall not exceed 4.

(4) Entitlement to a benefit under United States laws which results from Article 10 shall terminate with the acquisition of sufficient periods of coverage under United States laws to establish entitlement to an equal or higher benefit without the need to invoke the provisions of that Article.

(5) This Agreement shall not result in entitlement to a benefit under United States laws unless the person on whose record benefits are claimed has completed at least 6 quarters of coverage under those laws.

PART IV

MISCELLANEOUS PROVISIONS

Article 16

(1) The competent authorities of the two Contracting States shall make all joint administrative arrangements necessary for the application of this Agreement.

(2) The competent authorities of the two Contracting States shall communicate to each other, as soon as possible, information concerning the measures taken for the application of this Agreement and concerning all changes in their respective laws which may affect its application.

Article 17

Liaison agencies for the implementation of this Agreement shall be:

- (a) for Austria, the Main Association of Austrian Social Insurance Agencies ("Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger");
- (b) for the United States, the Social Security Administration.

Article 18

(1) The competent authorities, liaison agencies and agencies of the Contracting States, within the scope of their respective authority, shall assist each other in applying this Agreement. This assistance shall be free of charge, subject to exceptions to be agreed upon in an administrative arrangement.

(2) Where administration of this Agreement requires an agency of a Contracting State to seek a medical examination of a person in the territory of the other Contracting State, such examination shall, upon request of the competent agency of the first Contracting State and at its expense, be arranged by the agency of the other Contracting State in accordance with its rules.

(3) The statutes of a Contracting State concerning confidentiality shall apply to any information about an individual which is transmitted in accordance with this Agreement to that Contracting State by the other Contracting State.

Article 19

(1) The competent authorities, liaison agencies and agencies of the Contracting States may correspond directly with each other and with any person wherever the person may reside whenever it is necessary for the administration of this Agreement. The correspondence may be in the writer's official language.

(2) An application or document may not be rejected by a competent authority, liaison agency or agency of a Contracting State solely because it is in the official language of the other Contracting State.

Article 20

(1) Where the laws of a Contracting State provide that any document which is submitted to the competent authority or an agency of that Contracting State shall be exempted, wholly or partly, from taxes, fees or charges, including consular and administrative fees, the exemption shall also apply to documents which are submitted to the competent authority or an agency of the other Contracting State in accordance with its laws.

(2) Copies of documents which are certified as true and exact copies by the agency of one Contracting State shall be accepted as true and exact copies by the agency of the other Contracting State, without further certification. The agency of each Contracting State shall be the final judge of the probative value of the evidence submitted to it from whatever source.

Article 21

(1) Any claim, notice or written appeal which, under the laws of one Contracting State, must have been filed within a prescribed period with the agency of that Contracting State, but which is instead filed within the same period with the agency of the other Contracting State, shall be considered to have been filed on time.

(2) (a) Any claim for a benefit submitted under Austrian laws shall be considered to be all claim for the corresponding benefit under United States laws for which the applicant meets the entitlement requirements if he provides information at the time of filing indicating that the person on whose record benefits are claimed has completed periods of coverage under United States laws; this shall not apply, however, when the applicant expressly requests that the determination of an old-age benefit under United States laws be deferred.

(b) If an applicant has filed a claim for a benefit with the United States agency and has not specifically restricted the claim to

benefits under United States laws, the claim shall also be considered to be a claim for the corresponding benefit under Austrian laws if the applicant provides information at the time of filing indicating that the person on whose record benefits are claimed has completed periods of coverage under Austrian laws.

Article 22

(1) Disagreements arising in connection with the application of this Agreement shall, as far as possible, be resolved by mutual agreement between the competent authorities of the Contracting States.

(2) If any such disagreement has not been resolved within a period of six months, either Contracting State may submit the matter to binding arbitration by an arbitral body whose composition and procedure shall be agreed upon by the Contracting States.

PART V

TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

Article 23

(1) This Agreement shall not establish entitlement to benefits for any period before its entry into force or a lump-sum death benefit if the person died before its entry into force.

(2) In determining entitlement to benefits under this Agreement, periods of coverage completed under the laws of a Contracting State prior to its entry into force shall be taken into account; however, neither Contracting State shall take into account periods of coverage occurring prior to the earliest date for which periods of coverage may be credited under its laws.

(3) (a) Subject to the provisions of paragraph (1), this Agreement shall also apply to events relevant to rights under the laws which occurred prior to its entry into force.

(b) In cases to which subparagraph (a) applies, a benefit under Austrian laws due only by virtue of this Agreement shall be determined, at the request of the beneficiary, in accordance with the provisions of this Agreement. If the claim for determination of such benefit is submitted within two years from the date of entry into force of this Agreement, the benefit shall be paid from that date; otherwise, the benefit shall be paid from the date determined under Austrian laws.

(4) The provisions of this Agreement shall apply only to an application for benefits which is filed on or after the date this Agreement enters into force.

(5) Determinations made before the entry into force of this Agreement shall not affect rights arising under it.

(6) This Agreement shall not result in any reduction in the amount of benefits to which entitlement was established prior to its entry into force.

Article 24

This Agreement shall not affect any existing rights under Austrian laws of any person who has suffered disadvantages in the field of social security because of political or religious reasons or by reason of ethnic origin.

Article 25

If a person becomes eligible for a benefit under Austrian laws without the application of Article 10 within a period of 5 years from the date of the entry into force of this Agreement, Chapter I of Part III shall not apply.

Article 26

This Agreement may be amended in the future by supplementary agreements, which from their entry into force shall be considered an integral part of this

Agreement. Such supplementary agreements may be given retroactive effect if they so specify.

Article 27

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which each Government shall have received from the other Government written notification that it has complied with all statutory and constitutional requirements for the entry into force of this Agreement.

(2) This Agreement shall remain in force and effect until the expiration of one calendar year following the year in which written notice of its termination is given by one of the Contracting States to the other Contracting State.

(3) If this Agreement is terminated, rights regarding entitlement to or payment of benefits acquired under it shall be retained; the Contracting States shall make arrangements dealing with rights in the process of being acquired.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

DONE at Vienna on 13th July 1990, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Republic of Austria:

ERIK NETTEL

For the Government
of the United States of America:

MICHAEL J. HABIB

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION DE SÉCURITÉ SOCIALE¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE AUTRICHIENNE ET LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

Le Gouvernement de la République autrichienne et le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique,

Animés du désir de réglementer les relations entre leurs deux pays dans le domaine de la sécurité sociale,

Sont convenus de ce qui suit :

TITRE I

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

1) Aux fins de la présente Convention :

a) Le nom « Autriche » désigne la République autrichienne et le nom « Etats-Unis » les Etats-Unis d'Amérique;

b) Le terme « territoire » désigne, en ce qui concerne l'Autriche, son territoire fédéral, et en ce qui concerne les Etats-Unis, les Etats, le District de Columbia, l'Etat libre de Puerto-Rico, les Iles Vierges, Guam et les Samoa américaines;

c) Le terme « ressortissant » désigne, en ce qui concerne l'Autriche, un citoyen autrichien, et en ce qui concerne les Etats-Unis, un ressortissant des Etats-Unis au sens de l'article 101 de la loi sur l'immigration et la nationalité de 1952 et de ses modifications ultérieures;

d) Le terme « législation » désigne, en ce qui concerne l'Autriche, les lois, les règlements et les instruments statutaires relatifs aux régimes de la sécurité sociale visés à l'alinéa 1, a de l'article 2, et, en ce qui concerne les Etats-Unis, les lois et règlements visés à l'alinéa 1, b de l'article 2;

e) L'expression « autorité compétente » désigne, en ce qui concerne l'Autriche, le Ministre fédéral chargé de l'application des lois visées à l'alinéa 1, a de l'article 2, et, en ce qui concerne les Etats-Unis, le Secrétaire à la santé et aux affaires sociales;

f) Le terme « organisme » désigne, en ce qui concerne l'Autriche, l'institution chargée de l'application de la législation autrichienne, et, en ce qui concerne les Etats-Unis, l'Administration de la sécurité sociale;

g) L'expression « organisme compétent » désigne l'institution dont relève l'application de la législation dans un cas donné;

h) L'expression « période d'assurance » désigne une période de versement des cotisations, ou une période durant laquelle ont été perçus des revenus provenant

¹ Entrée en vigueur le 1^{er} novembre 1991, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi la date de réception de la dernière des notifications (des 13 et 14 août 1991) par lesquelles les Parties s'étaient informées de l'accomplissement de toutes les procédures légales et constitutionnelles requises conformément au paragraphe 1 de l'article 27.

d'une activité salariée ou non salariée et qui était définie ou reconnue comme période d'assurance par la législation en vigueur au moment où elle s'est écoulée, ou toute autre période analogue dans la mesure où la législation en vigueur pendant son écoulement admet qu'elle équivaut à une période d'assurance;

i) Le terme « prestation » désigne toute prestation en espèces prévue par la législation de l'une ou l'autre des Parties contractantes, notamment tous les éléments de prestation financés sur fonds publics et toutes les majorations, ajustements, indemnités supplémentaires et paiements forfaitaires;

j) Le terme « réfugié » désigne une personne répondant à la définition de réfugié donnée par l'article premier de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951¹ et par le Protocole de ladite Convention, du 31 janvier 1967²;

k) Le terme « apatride » désigne une personne répondant à la définition d'apatride donnée par l'article premier de la Convention relative au statut des apatrides du 28 septembre 1954³.

2) Tout autre terme ou expression utilisé dans la présente Convention a la signification qui lui est attribuée dans la législation applicable.

Article 2

1) La présente Convention s'applique :

a) En ce qui concerne l'Autriche :

- i) A la législation relative à l'assurance-retraite, à l'exception de l'assurance spécifique des notaires;
- ii) Pour ce qui est du titre II exclusivement, à la législation relative à l'assurance-maladie et à l'assurance-accidents;

b) En ce qui concerne les Etats-Unis, à la législation régissant le programme fédéral d'assurance vieillesse, de prestations aux survivants et d'assurance invalidité, à savoir :

- i) Le titre II de la loi de sécurité sociale et les règlements d'application s'y rapportant, excepté les articles 226, 226 A et 228 de ce titre et les règlements d'application se rapportant auxdits articles;
- ii) Les chapitres 2 et 21 du Code des impôts de 1986 et les règlements d'application s'y rapportant.

2) La présente Convention s'applique également à toute législation qui modifie ou complète la législation visée au paragraphe 1 du présent article.

3) Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les législations visées au paragraphe 1 du présent article ne comprennent pas les traités ou autres accords internationaux conclus entre l'un des Etats contractants et un Etat tiers, sauf dans la mesure où ceux-ci contiennent des dispositions relatives à la répartition de la charge de l'assurance.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 189, p. 137.

² *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

³ *Ibid.*, vol. 360, p. 117.

Article 3

La présente Convention s'applique :

- a) Aux personnes qui relèvent ou ont relevé de la législation de l'une des Parties ou de l'une et de l'autre;
- b) A tout ayant-droit des personnes visées à l'alinéa *a* du présent article.

Article 4

1) Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les ressortissants de l'une des Parties qui relèvent ou ont relevé de la législation de ladite Partie et qui résident sur le territoire de l'autre Partie bénéficient ainsi que leurs ayants-droit d'un traitement identique à celui qui est accordé aux ressortissants de cette dernière Partie en ce qui concerne l'ouverture des droits et le versement des prestations.

2) Dans le cadre de la législation autrichienne relative à l'ouverture de droits pour des périodes de service militaire en temps de guerre et pour des périodes considérées comme telles, les ressortissants des Etats-Unis bénéficient du même traitement que les ressortissants autrichiens à condition qu'ils aient eu la nationalité autrichienne dans la période immédiatement antérieure au 13 mars 1938.

3) La présente Convention ne déroge pas aux dispositions des traités internationaux relatives à la répartition de la charge de l'assurance.

Article 5

1) Sauf dispositions contraires de la présente Convention, aucune disposition juridique d'un Etat contractant qui subordonne le droit aux prestations ou le versement de celles-ci à la résidence ou à la présence de l'intéressé sur le territoire dudit Etat ne s'applique aux ressortissants de l'un des Etats contractants, réfugiés ou apatrides et ayants-droit des uns et des autres qui résident sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2) Dans le cadre de la législation autrichienne, le paragraphe 1 du présent article ne s'applique :

- a) Ni au complément compensatoire (« Ausgleichszulage »),
- b) Ni aux éléments de la pension autrichienne résultant :
 - i) Des périodes d'assurance qui relèvent des dispositions de la loi fédérale autrichienne du 22 novembre 1961, relative à l'ouverture ou à l'acquisition de droits à prestations sous le régime de l'assurance-retraite pour les salariés employés hors d'Autriche;
 - ii) Des périodes d'activité non salariée accomplies hors d'Autriche, mais dans les limites du territoire de l'ancienne Monarchie d'Autriche-Hongrie.

TITRE II

DISPOSITIONS APPLICABLES À L'ASSURANCE

Article 6

Sauf disposition contraire contenue dans les articles 7 à 9, une personne exerçant une activité, salariée ou non, dans les limites du territoire de l'un des Etats contractants est assujettie exclusivement, en ce qui concerne cette activité, à la

législation de cet Etat, même si le lieu de résidence de ladite personne ou l'établissement principal de son employeur est situé sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 7

1) Lorsqu'une personne employée par une entreprise ayant un établissement sur le territoire de l'un des Etats contractants est détachée par cette entreprise sur le territoire de l'autre Etat contractant pour une durée limitée, elle est assujettie exclusivement à la législation du premier Etat contractant, comme si elle exerçait toujours son activité sur le territoire de cet Etat, à condition toutefois que la durée prévisible de son détachement sur le territoire de l'autre Etat contractant ne dépasse pas cinq ans.

2) Une personne qui, du fait d'une activité non salariée, serait normalement tenue d'être assurée dans les deux Etats contractants aux termes de leurs législations respectives, et qui réside dans l'un desdits Etats, n'est assujettie qu'à la législation de l'Etat dans lequel elle réside.

3) a) Lorsqu'une personne relevant de la législation des deux Etats contractants est employée en qualité d'officier ou de membre d'équipage d'un aéronef, elle n'est assujettie qu'à la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel son employeur a son siège.

b) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article relatives au maximum de cinq ans imposé à la durée prévisible du détachement ne s'appliquent pas aux ressortissants autrichiens détachés aux Etats-Unis pour s'acquitter de fonctions pour le compte d'une compagnie autrichienne de transport aérien.

4) Lorsqu'une personne relevant de la législation des deux Etats contractants est employée en qualité d'officier ou de membre d'équipage d'un navire battant pavillon de l'un desdits Etats, elle n'est assujettie qu'à la législation de l'Etat dont le navire bat pavillon. Aux fins de la phrase qui précède, un navire battant pavillon des Etats-Unis est un navire américain au sens que la législation des Etats-Unis donne à cette expression.

Article 8

1) La présente Convention ne déroge pas aux dispositions de la Convention de Vienne du 18 avril 1961 sur les relations diplomatiques¹ ni à celles de la Convention de Vienne du 24 avril 1963 sur les relations consulaires².

2) Nonobstant l'article 6, les ressortissants de l'un des Etats contractants qui sont employés par le Gouvernement de cet Etat sur le territoire de l'autre Etat, mais qui ne sont pas exclus du champ d'application de la législation du deuxième Etat contractant en vertu des Conventions de Vienne visées au paragraphe 1, sont assujettis uniquement à la législation de l'Etat contractant dont le Gouvernement les emploie.

3) Le paragraphe 2 du présent article s'applique le cas échéant au Représentant de la Commission autrichienne des échanges et à ses adjoints, ainsi qu'aux employés de l'Office national autrichien du tourisme aux Etats-Unis.

4) Le paragraphe 2 du présent article s'applique aux employés du Gouvernement fédéral des Etats-Unis ou de l'un de ses organismes quel qu'il soit.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 500, p. 95.

² *Ibid.*, vol. 596, p. 261.

5) Un employé de l'Ecole internationale américaine en Autriche ne relève pas de la législation autrichienne s'il est ressortissant des Etats-Unis, ou s'il est ressortissant d'un Etat autre que les Etats contractants et qu'il ne réside pas en Autriche.

Article 9

1) A la demande d'un salarié et de son employeur, ou à la demande d'un travailleur indépendant, les autorités compétentes des deux Etats contractants, agissant de concert, peuvent prévoir des dérogations à l'article 6 de la présente Convention, en fonction de la nature de l'activité et des conditions dans lesquelles elle se déroule.

2) Lorsqu'en vertu du paragraphe 1 du présent article, une personne relève de la législation autrichienne, cette législation lui est appliquée comme si elle exerçait son activité sur le territoire autrichien.

TITRE III

DISPOSITIONS RELATIVES AUX PRESTATIONS

Article 10

1) Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les périodes d'assurance qu'une personne a accumulées aux termes de la législation d'un Etat contractant et celles qu'elle a accumulées aux termes de la législation de l'autre Etat contractant sont additionnées, pour autant qu'elles ne se recoupent pas, afin d'établir si la personne a acquis un droit à prestations.

2) S'il n'est pas possible de déterminer les dates exactes de certaines périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation de l'un des Etats contractants, on suppose que lesdites périodes ne recoupent pas des périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation de l'autre Etat contractant.

CHAPITRE I

PRESTATIONS RELEVANT DE LA LÉGISLATION AUTRICHIENNE

Article 11

1) Lorsqu'une personne ayant accumulé des périodes d'assurance aux termes de la législation des deux Etats contractants, ou son survivant, demande une prestation, l'organisme autrichien compétent en détermine le montant de la façon suivante :

a) Conformément à la législation autrichienne, l'organisme détermine si le demandeur a droit aux prestations, en additionnant les périodes d'assurance comme il est prévu à l'article 10.

b) Si l'acquisition du droit à prestations est établie, l'organisme calcule d'abord le montant théorique de la prestation, c'est-à-dire le montant qui devrait être versé au demandeur si toutes les périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation de l'un ou l'autre des Etats contractants avaient relevé exclusivement de la législation autrichienne; dans les cas où le montant de la prestation est indépendant de la durée totale des périodes de couverture, le montant théorique est égal à ce montant.

c) L'organisme calcule ensuite le montant de la prestation partielle due au demandeur en appliquant au montant déterminé conformément à l'alinéa *b* le quotient de la durée des périodes d'assurance à comptabiliser en vertu de la législation autrichienne par la durée totale des périodes d'assurance à comptabiliser en vertu de la législation de l'un ou l'autre des États contractants.

2) Si les périodes d'assurance qui relèvent de la législation autrichienne et doivent être prises en compte pour le calcul du montant de la prestation totalisent moins de 12 mois, aucune prestation n'est accordée en vertu de ladite législation. La phrase qui précède ne s'applique toutefois pas si le droit à ladite prestation est acquis aux termes de la législation autrichienne sur la base des seules périodes d'assurance relevant de ladite législation.

Article 12

L'organisme autrichien compétent applique les dispositions des articles 10 et 11 selon les règles suivantes :

1) Aux fins de déterminer quel organisme doit verser la prestation, seules les périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation autrichienne sont prises en compte.

2) Les articles 10 et 11 ne s'appliquent ni à l'ouverture du droit à la prime d'ancienneté des mineurs prévue par leur régime d'assurance-retraite, ni à son versement.

3) Aux fins de l'application de l'article 10 et du paragraphe 1 de l'article 11, un trimestre d'assurance aux termes de la législation des États-Unis est comptabilisé comme trois mois d'assurance aux termes de législation autrichienne.

4) Aux fins de l'application du paragraphe 1 de l'article 11, les dispositions suivantes s'appliquent :

a) Les périodes pendant lesquelles l'assuré a eu droit à une pension de retraite ou d'invalidité aux termes de la législation des États-Unis sont considérées comme des périodes neutres (« neutrale Zeiten »);

b) La base d'évaluation (« Bemessungsgrundlage ») est déterminée en fonction des seules périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation autrichienne.

c) Les cotisations au titre d'une assurance complémentaire (« Höherversicherung »), l'allocation complémentaire des mineurs (« Knappschaftlicher Leistungszuschlag »), l'allocation des personnes indigentes (« Hilflosenzuschuss ») et le complément compensatoire ne sont pas pris en compte.

5) Aux fins de l'application des alinéas 1, *b* et 1, *c* de l'article 11, les périodes d'assurance sont comptabilisées même si elles se recourent.

6) Si les périodes d'assurance relevant de la législation de l'un ou l'autre des États contractants et devant être comptabilisées aux fins de l'application de l'alinéa 1, *c* de l'article 11 totalisent une durée supérieure au nombre maximal de mois d'assurance fixé par la législation autrichienne pour le calcul du taux marginal, le montant de la pension partielle due au demandeur est calculé en fonction du quotient de la durée des périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation autrichienne par le nombre maximal de mois d'assurance susmentionné.

7) Les alinéas 1, *b* et 1, *c* de l'article 11, ainsi que, le cas échéant, l'article 14, s'appliquent aux fins du calcul de l'allocation des personnes indigentes.

8) Le montant calculé conformément à l'alinéa 1, *c* de l'article 11 est éventuellement augmenté de montants additionnels correspondant aux cotisations versées au titre de l'assurance complémentaire, à l'allocation complémentaire des mineurs, à l'allocation des personnes indigentes et au complément compensatoire.

9) Si l'octroi des prestations au titre de l'assurance-retraite des mineurs est subordonné à l'accomplissement dans des entreprises spécifiques de tâches principalement minières, au sens de la législation autrichienne, seules les périodes d'assurance relevant de la législation des Etats-Unis qui correspondent à une activité analogue dans des entreprises du même type sont comptabilisées.

10) Les versements spéciaux (« Sonderzahlungen ») sont dus dans la même proportion que la prestation partielle; l'article 14 s'applique le cas échéant.

Article 13

1) Lorsqu'une personne peut prétendre à une prestation aux termes de la législation autrichienne sans recours à l'article 10, l'organisme autrichien compétent lui verse uniquement la prestation qui lui est due sur la base des périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation autrichienne, à condition que cette personne n'ait pas droit à une prestation du même type aux termes de la législation des Etats-Unis.

2) Le montant de la prestation déterminé selon les dispositions du paragraphe 1 ci-dessus est recalculé sur la base des dispositions de l'article 11 dès que le bénéficiaire acquiert le droit à une prestation du même type aux termes de la législation des Etats-Unis. Cette réévaluation de la prestation versée en vertu de la législation autrichienne prend effet dès que commence le versement de la prestation due aux termes de la législation des Etats-Unis. Le caractère irrévocable de décisions antérieures ne fait pas obstacle à cette réévaluation de la prestation.

3) Si au moment de l'application du paragraphe 2 du présent article l'organisme a versé au bénéficiaire une prestation d'un montant supérieur à celui qui lui est dû, la différence est traitée comme un paiement anticipé.

Article 14

1) Lorsqu'une personne peut prétendre à une prestation aux termes de la législation autrichienne sans recours à l'article 10, et que le montant d'une telle prestation dépasse le total de la prestation autrichienne calculée selon les dispositions de l'alinéa 1, *c* de l'article 11 et de la prestation correspondante des Etats-Unis, l'organisme autrichien compétent verse au bénéficiaire, à titre de prestation partielle, un montant équivalant à sa propre prestation déterminée conformément à l'alinéa 1, *c* de l'article 11, augmentée de la différence entre ledit total et la prestation qui serait due au bénéficiaire si seule la législation autrichienne s'appliquait.

CHAPITRE 2

PRESTATIONS RELEVANT DE LA LÉGISLATION DES ETATS-UNIS

Article 15

1) Lorsqu'une personne a accumulé un nombre suffisant de périodes d'assurance aux termes de la législation des Etats-Unis pour avoir droit à des prestations en vertu de cette législation, l'organisme des Etats-Unis détermine le montant de la

prestation en appliquant la législation pertinente et en comptabilisant uniquement les périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation des Etats-Unis.

2) Lorsque l'ouverture du droit à une prestation relevant de la législation des Etats-Unis est établie selon les dispositions de l'article 10, l'organisme américain calcule, conformément à la législation des Etats-Unis, un montant d'assurance de base proportionnel, qui est fonction :

a) Du revenu moyen de l'intéressé perçu dans le seul cadre de la législation des Etats-Unis, et

b) Du quotient de la durée des périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation des Etats-Unis par la durée du cycle complet d'assurance tel qu'il est déterminé par la législation des Etats-Unis.

Les prestations dues en vertu de la législation des Etats-Unis sont déterminées d'après le montant d'assurance de base proportionnel.

3) Aux fins d'établir l'ouverture du droit à prestations selon les dispositions de l'article 10, l'organisme des Etats-Unis comptabilise comme un trimestre d'assurance chaque total de trois mois d'assurance dont l'organisme autrichien compétent certifie la validité, dans la mesure où ceux-ci ne recourent pas des trimestres de l'année civile correspondant à des trimestres d'assurance déjà comptabilisés aux termes de la législation des Etats-Unis. Le nombre total de trimestres d'assurance comptabilisés dans une même année ne peut être supérieur à quatre.

4) Le droit à prestations ouvert aux Etats-Unis par l'application de l'article 10 s'éteint lorsque l'intéressé a accumulé un nombre suffisant de périodes d'assurance aux termes de la législation des Etats-Unis pour acquérir le droit à une prestation égale ou supérieure sans besoin d'avoir recours aux dispositions dudit article.

5) La présente Convention ne donne pas lieu à l'ouverture d'un droit à prestations aux termes de la législation des Etats-Unis si parmi les périodes d'assurance constituant le fait générateur de la demande de prestations, six trimestres au moins n'ont pas été accomplis aux termes de la législation des Etats-Unis.

TITRE IV

DISPOSITIONS DIVERSES

Article 16

1) Les autorités compétentes prennent conjointement toutes les dispositions administratives nécessaires à l'application de la présente Convention.

2) Les autorités compétentes des deux Etats contractants se communiquent dans les plus brefs délais les renseignements concernant les mesures qu'elles ont prises aux fins de la mise en œuvre de la présente Convention et toute modification de leur législation susceptible d'en perturber l'application.

Article 17

Les organes de liaison désignés pour l'application de la présente Convention sont :

a) Pour l'Autriche, l'Association générale des caisses de sécurité sociale autrichiennes (« Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger »)

b) Pour les Etats-Unis, l'Administration de la Sécurité sociale (Social Security Administration).

Article 18

1) Les autorités compétentes, ainsi que les organes de liaison et les organismes des Etats contractants, se prêtent réciproquement leurs bons offices aux fins de l'application de la présente Convention. Cette entraide est gratuite, sous réserve de certaines exceptions prévues dans un arrangement administratif.

2) Lorsqu'aux fins de l'application de la présente Convention l'organisme d'un Etat contractant doit obtenir qu'une personne se soumette à un examen médical sur le territoire de l'autre Etat contractant, l'organisme de ce dernier prend les dispositions nécessaires, à la demande et aux frais de l'organisme compétent du premier Etat contractant, pour qu'il soit procédé à un tel examen, dans le respect des règles en vigueur dans le second Etat contractant.

3) Les règlements d'un Etat contractant en matière de confidentialité s'appliquent à tout renseignement concernant un particulier transmis en application du présent accord à cet Etat contractant par l'autre Etat contractant.

Article 19

1) Les autorités compétentes, les organes de liaison et les organismes des Etats contractants peuvent correspondre directement entre eux et avec toute personne, où qu'elle réside, chaque fois que l'administration de la présente Convention l'exige. La correspondance peut être rédigée dans la langue officielle de l'envoyeur.

2) Aucune demande ou document ne peut être rejeté par l'autorité compétente, l'organe de liaison ou l'organisme d'un Etat contractant pour la seule raison qu'il est rédigé dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

Article 20

1) Lorsque la législation d'un Etat contractant stipule que tout document soumis à l'autorité compétente ou à un organisme dudit Etat est exempté, en totalité ou en partie, de taxes, droits ou redevances, notamment de taxe consulaire et de droits administratifs, l'exemption s'applique aussi aux documents soumis à l'autorité compétente ou à un organisme de l'autre Etat contractant conformément à sa législation.

2) Chaque Etat contractant admet l'authenticité et l'exactitude des copies de documents attestées conformes et fidèles par l'organisme de l'autre Etat contractant, sans qu'il soit nécessaire de procéder à une nouvelle certification. L'organisme de chaque Etat contractant est celui qui décide en dernier ressort de la validité des justificatifs qui lui sont soumis, quelle qu'en soit l'origine.

Article 21

1) Toute demande, notification ou recours écrit qui doit être présenté à l'organisme de l'un des Etats contractants dans des délais prescrits par sa législation, mais qui est en fait déposé dans les mêmes délais auprès de l'organisme de l'autre Etat contractant, est réputé présenté dans les délais légaux.

2) a) Une demande de prestations présentée dans le cadre de la législation autrichienne est la seule demande que l'intéressé doit présenter pour obtenir les prestations du même type auxquelles il a droit aux termes de la législation des Etats-Unis du fait qu'il satisfait aux conditions d'ouverture du droit, à condition que lors du dépôt de sa demande il fournisse des données indiquant que certaines des périodes d'assurance motivant la demande de prestations ont été accumulées aux termes de la législation des Etats-Unis; cette disposition ne porte toutefois pas effet

si l'intéressé demande expressément que le calcul des prestations vieillesse relevant de la législation des Etats-Unis soit reporté à une date ultérieure.

b) La demande qu'une personne soumet à l'organisme des Etats-Unis sans la limiter expressément aux prestations relevant de la législation de cet Etat contractant est réputée constituer également une demande de prestations aux termes de la législation autrichienne, à condition qu'avec cette demande soient présentées des données indiquant que certaines des périodes d'assurance motivant la demande de prestations ont été accumulées aux termes de la législation autrichienne.

Article 22

1) Dans la mesure du possible, tout différend lié à l'application de la présente Convention est réglé à l'amiable par les autorités compétentes des Etats contractants.

2) Si le différend n'est pas réglé dans un délai de six mois, l'un ou l'autre des Etats contractants peut le soumettre à l'arbitrage contraignant d'un organe arbitral dont la composition et la procédure sont fixées d'un commun accord par les Etats contractants.

TITRE V

DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

Article 23

1) La présente Convention n'ouvre de droit à aucune prestation pendant une quelconque période précédant son entrée en vigueur ni à aucune indemnité forfaitaire en cas de décès de l'assuré avant qu'elle prenne effet.

2) Aux fins de l'établissement du droit à prestations aux termes de la présente Convention, les périodes d'assurance accumulées aux termes de la législation d'un Etat contractant avant l'entrée en vigueur de ladite Convention sont comptabilisées; ni l'un ni l'autre des Etats contractants ne comptabilise toutefois les périodes d'assurance antérieures à la date à partir de laquelle les périodes d'assurance peuvent être prises en compte aux termes de sa propre législation.

3) *a)* Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, la présente Convention s'applique également aux faits qui touchent aux droits aux termes de la législation en vigueur et qui se sont produits avant l'entrée en vigueur de ladite Convention.

b) Dans les cas auxquels s'applique l'alinéa *a* ci-dessus, les prestations relevant de la législation autrichienne et dues uniquement en vertu de la présente Convention sont déterminées conformément aux dispositions de celle-ci à la demande du bénéficiaire. Si la demande d'établissement de la prestation est présentée dans un délai de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, la prestation est versée à compter de cette date; si elle est présentée après ce délai, la prestation est versée à compter de la date établie par la législation autrichienne.

4) Les dispositions de la présente Convention ne s'appliquent qu'aux demandes de prestations déposées à partir de la date d'entrée en vigueur de ladite Convention.

5) L'établissement d'une prestation avant l'entrée en vigueur de la présente Convention ne porte pas atteinte aux droits découlant de celle-ci.

6) La présente Convention ne peut donner lieu à aucun abaissement du montant des prestations versées à un bénéficiaire dont les droits ont été établis avant la date d'entrée en vigueur de ladite Convention.

Article 24

La présente Convention ne déroge à aucun droit actuellement acquis aux termes de la législation autrichienne par les personnes qui ont subi un préjudice en matière de sécurité sociale pour des motifs d'ordre religieux ou politiques ou en raison de leurs origines ethniques.

Article 25

Le chapitre I du titre III ne s'applique pas aux personnes dont les droits à prestations aux termes de la législation autrichienne sont établis sans recours à l'article 10 dans un délai de cinq ans à dater de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 26

La présente Convention peut être modifiée à l'avenir par des accords complémentaires, qui en font partie intégrante dès leur entrée en vigueur. De tels accords complémentaires peuvent avoir un effet rétroactif à condition qu'ils comportent une clause à cet effet.

Article 27

1) La présente Convention entre en vigueur le premier jour du troisième mois suivant la date de réception de la dernière des notifications écrites par lesquelles les gouvernements des Etats contractants se communiquent l'accomplissement de toutes les procédures légales et constitutionnelles requises à cet effet.

2) La présente Convention demeure en vigueur et porte effet jusqu'à la fin de l'année civile faisant suite à l'année pendant laquelle l'un des Etats contractants communique par écrit à l'autre Etat contractant qu'il y met fin.

3) En cas de dénonciation de la présente Convention, l'ouverture des droits et le versement des prestations restent acquis à leurs bénéficiaires; les Etats contractants adoptent les dispositions qu'il appartient de prendre en ce qui concerne les droits en cours d'acquisition.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

FAIT à Vienne le 13 juillet 1990, en deux versions, allemande et anglaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République autrichienne :

ERIK NETTEL

Pour le Gouvernement
des Etats-Unis d'Amérique :

MICHAEL J. HABIB

